

# Betrauungsakt

## des Landkreises Waldshut

auf der Grundlage

des  
BESCHLUSSES DER KOMMISSION  
vom 20. Dezember 2011

über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind  
(bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2011) 9380)  
(2012/21/EU, ABI. EU Nr. L 7/3 vom 11. Januar 2012)  
- Freistellungsbeschluss -,

der  
MITTEILUNG DER KOMMISSION  
vom 11. Januar 2012

über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse  
(2012/C 8/02, ABI. EU Nr. C 8/4 vom 11. Januar 2012),

der  
MITTEILUNG DER KOMMISSION  
vom 11. Januar 2012

Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011)  
(2012/C 8/03, ABI. EU Nr. C 8/15 vom 11. Januar 2012)

und der  
RICHTLINIE 2006/111/EG DER KOMMISSION  
vom 16. November 2006

über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen  
(ABI. EU Nr. L 318/17 vom 17. November 2006)

### § 1

Sicherstellungsauftrag, Feststellungsbescheid

(1) Nach Maßgabe des § 3 des Landeskrankenhausgesetzes haben die Landkreise die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern sicherzu-

stellen. Dabei handelt es sich um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

(2) Die Aufnahme in den Krankenhausplan, seine Einzelfeststellungen sowie Änderungen sind durch die Bescheide des Regierungspräsidiums Freiburg vom 29. November 2011 für das Krankenhaus Spital Waldshut und vom 30. November 2011 für das Krankenhaus Bad Säckingen festgestellt.

## § 2

### Beauftragtes Unternehmen, Art der Dienstleistungen, Befristung (Zu Art. 4 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Der Landkreis Waldshut beauftragt die Spitäler Hochrhein GmbH mit der Erbringung nachstehender Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Gebiet des Landkreises.

#### 1. Medizinische Versorgungsleistungen:

- a) Medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der Patienten mit Krankenhausleistungen einschließlich aller dazugehörenden Einzelleistungen;
- b) Medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der Patienten mit ambulanten oder stationären Leistungen der medizinischen Rehabilitation einschließlich aller dazugehörenden Einzelleistungen.

#### 2. Notfalldienste:

- a) Gewährleistung einer Notfallversorgung der Patienten in dem Krankenhaus einschließlich der hiermit verbundenen ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft;
- b) Gestellung von Notärzten gemäß § 10 Abs. 1 Rettungsdienstgesetz.

#### 3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen:

- a) Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für den Betrieb des Krankenhauses notwendigen Berufen sowie Ausbildung von Fachärzten;
- b) Betrieb von Krankenhausapotheken;
- c) Speiserversorgung der Patienten und Mitarbeiter des Krankenhauses;
- d) Betrieb von Einrichtungen der Krankenhaushygiene;
- e) Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Beschäftigte, Patienten und Besucher der Krankenhäuser;
- f) Betrieb einer Krankenpflegeschule zur Ausbildung von Gesundheits- und Krankenpflegerinnen

(2) Daneben erbringt die Spitäler Hochrhein GmbH folgende Dienstleistungen, die nicht zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zählen:

1. Vermietung von Praxisräumen
2. Zurverfügungstellung von Infrastrukturleistungen an den Krankenhäusern, wie z. B. für Patiententelefonie, Mitarbeiterverpflegung, Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige, Patienten und Besucher, Kantinenessen für Mitarbeiter und Dritte, Wäscherei für Dritte.

(3) Die Beauftragung nach § 2 Abs. 1 ist befristet auf den 01. Dezember 2023.

### § 3

#### Berechnung und Änderung der Ausgleichsleistungen (Zu Art. 5 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Der Landkreis Waldshut kann für die Erbringung der in § 2 Abs. 1 genannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse folgende erforderliche Ausgleichszahlungen erbringen, insbesondere im Hinblick auf die in den Krankenhäusern entstehenden Kosten und zur Sicherung der Tätigkeit der Krankenhäuser nach den satzungsgemäß festgelegten Zwecken:

a) Im Hinblick auf das Krankenhaus Bad Säckingen können folgende Ausgleichszahlungen durch den Landkreis Waldshut zugewandt werden:

aa) Der Landkreis Waldshut kann zweckgebundene Zuschüsse für Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen im Krankenhaus Bad Säckingen zweckgebunden in einer Gesamthöhe von maximal 8.150.000 € für die Bereiche Brandschutzmaßnahmen, Sanierung, Sicherheit, Barrierefreiheit und Haustechnik leisten. Grundlage für diese Leistung ist der Konsortialvertrag zwischen dem Spitalfonds Waldshut, der Stadt Waldshut-Tiengen, dem Landkreis Waldshut, der Spital Waldshut GmbH sowie der Spital Bad Säckingen GmbH, dessen Entwurf der Kreistag am 10. November 2010 zugestimmt hat. Im Hinblick auf die weiteren Einzelheiten wird auf diesen Konsortialvertrag verwiesen.

ab) Der Landkreis Waldshut kann des Weiteren mit der Spitäler Hochrhein GmbH einen Nutzungsüberlassungsvertrag über das Grundstück Gebäude- und Freifläche Meisenhartweg 14, Bad Säckingen, und das darauf stehende Krankenhausgebäude abschließen. Die Überlassung des Grundstücks und des Krankenhausgebäudes erfolgt unentgeltlich. Alle weiteren mit der Nutzung verbundenen Kosten sind jedoch gemäß Ziffer 4.2 des Nutzungsüberlassungsvertrages durch die Spitäler Waldshut GmbH zu tragen, insbesondere Betriebskosten gemäß §§ 1 und 2 der Betriebskostenverordnung in der jeweils neuesten Fassung sowie sonstige Nebenkosten, wie die Kosten für die Bewachung des Gegenstandes der Nutzungsüberlassung, die Kosten für die Stromversorgung des Gegenstands der Nutzungsüberlassung sowie alle sonstigen Kosten der Versorgung. Im Hinblick auf die weiteren Einzelheiten wird auf den Nutzungsüberlassungsvertrag verwiesen, dessen Entwurf der Kreistag bereits am 10. November 2010 zugestimmt hat.

b) Weiter können folgende Ausgleichszahlungen durch den Landkreis Waldshut zugewandt werden:

Gemäß § 6 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Spitäler Hochrhein GmbH kann der Landkreis Waldshut fünf bare Nebenleistungen in Höhe von jeweils 450.000,00 € in dem Zeitraum und für die Geschäftsjahre 2011 bis 2015, zusammen insgesamt 2.250.000,00 € erbringen.

Die Höhe der Zahlungen sowie die Zahlungsfolgen ergeben sich aus dem Haushaltsplan/Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres. Auf dieser Grundlage entscheidet der Landkreis Waldshut auf Antrag über die Ausgleichshöhe.

(2) Die Ausgleichszahlungen gehen nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Nettokosten unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns abzudecken. Für die Ermittlung der Nettokosten, der zu berücksichtigenden Einnahmen und des angemessenen Gewinns gelten Art. 5 Abs. 2 bis 8 des Freistellungsbeschlusses.

(3) Ein Anspruch auf die Gewährung von Ausgleichszahlungen entsteht der Spitäler Hochrhein GmbH aus dem Betrauungsakt nicht.

#### § 4

##### Kontrolle hinsichtlich einer möglichen Überkompensation (Zu Art. 6 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses für die Gewährung von Ausgleichsleistungen während des gesamten Zeitraums der Betrauung der Spitäler Hochrhein GmbH erfüllt werden und insbesondere durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 2 Abs. 1 entsteht, führt die Spitäler Hochrhein GmbH den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht durch den jährlichen Jahresabschluss.

(2) Der Landkreis fordert die Spitäler Hochrhein GmbH zur Rückzahlung der Überkompensation auf.

(3) Übersteigt die Überkompensation den jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, kann die Spitäler Hochrhein GmbH diese auf das nächste Kalenderjahr übertragen und von der für dieses Kalenderjahr zu zahlenden Ausgleichsleistung abziehen.

#### § 5

##### Vorhalten von Unterlagen (Zu Art. 8 des Freistellungsbeschlusses)

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren und verfügbar zu halten.

Dieser Betrauungsakt wurde in der Kreistagssitzung vom 18. Dezember 2013 beschlossen.

Waldshut-Tiengen, den .....

Tilman Bollacher, Landrat